4. Neue Ideen aufnehmen - auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre aufbauen

Die Analyse und Bewertung der derzeitigen Partizipationsstrukturen weist - trotz aller politischen Absichtserklärungen - erhebliche Defizite auf. Soll die Bürgerbeteiligung in den nächsten Jahren tatsächlich eine Priorität genießen und die theoretischen Verlautbarungen politischer Kreise in den vergangenen Monaten mit Leben gefüllt werden, so ist es demnach unerläßlich fundamental neue Wege zu begehen.

Dabei müssen wir uns auch von der Vorstellung verabschieden, daß sich Demokratie und aktive Bürgerbeteiligung fast "en passant" durchführen lassen, sie als notwendiges Übel oder als "Nebenprodukt" der eigentlichen faktischen Arbeiten angesehen werden. Aktiven Partizipationsstrukturen muß auf kommunaler Ebene eine Priorität eingeräumt werden.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sind Neuorientierungen vor allem auf drei Ebenen die unerläßliche Voraussetzung für ein Mehr an Demokratie:

4.1. Ein Mehr an Demokratie - eine Frage des Mentalitätswandels!

Es wäre eine Trugschluß zu glauben, formale Korrekturen alleine würden ausreichen, um ein Mehr an Demokratie zu ermöglichen. Ganz im Gegenteil. Ein Mentalitätswandel bei allen Akteuren ist unabdingbar!

- **Politik an gesellschaftlichen Zielen orientieren:** Mehr denn je drängt sich auf, daß wir generelle Leitlinien für die Entwicklung unserer Gesellschaft im sehr konkreten brauchen: Wie soll die Verkehrspolitik, das Modalsplit zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern im Jahr 2005 aussehen? Welche Bau- und Siedlungsformen sind sozial- und umweltverträglich?

- **Mentalitätswandel:** Neben allen technischen und strukturellen Voraussetzungen die geschaffen werden müssen, ist ein Mentalitätswandel aller Akteure - sowohl der politischen Verantwortlichen als auch der betroffenen Bürgerinnen - unerläßlich. Es muß sich schlußendlich die Tatsache durchsetzen, daß ein Mehr an Demokratie reelle Chancen birgt und unerläßlich ist, falls unsere Gesellschaft die Herausforderungen der Zukunft aufgreifen will.

- **Ehrenamtliches Engagement aufwerten - mit Hauptamtlichkeit verknüpfen:** Gleichzeitig gilt es aber verstärkt den Nutzen von ehrenamtlichem Engagement aufzuwerten und dessen Randbedingungen zu verbessern. Nur eine Vision der Chancen und Grenzen der Ehrenamtlichkeit und der Schaffung entsprechender

Randbedingungen zu ihrer Förderung werden eine demokratische Gesellschaft von morgen ermöglichen.

- **In Menschen statt in Investitionen investieren:** Unerläßlich ist zudem, daß wir beginnen verstärkt in Menschen und Ideen, statt in materielle Infrastrukturprojekte zu investieren. Nicht der Bau einer neuen Straße wird uns eine nachhaltige Gesellschaft sichern, sondern sozial und ökologisch relevante Projekte und Dienstleistungen im Interesse der Bürgerinnen.

4.2. Die erforderlichen Voraussetzungen auf nationalem Plan schaffen

Der Staat ist gehalten, auf nationalem Plan die Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie auf kommunaler Ebene zu verbessern. Fakt ist in der Tat, daß die Strukturen auf nationaler Ebene derzeit einer zielgerichteten Politik auf kommunaler Ebene zuwiderstehen bzw. nicht förderlich sind:

- **Verstärkte rechtliche Verankerung von Mitwirkungsformen:** Es ist unerläßlich verstärkt demokratische Prozesse - und vor allem die Einbindung der Bürgerinnen in den gesamten Entscheidungsprozeß - in nationale Gesetzgebungen zu integrieren. So sollten z.B. u.a. bei der Reform des Gesetzes von 1937 betreffend die Bebauung in den Gemeinden neben den Landschaftsplänen, Dorf- und Stadtentwicklungskonzepte integriert werden und die damit zusammenhängende Mitwirkung der Bürgerinnen verankert werden. Generell gälte es die aktuellen Gesetzgebungen stärker im Sinne der Bürgerbeteiligung auszurichten.

- **Verstärkung der finanziellen Anreize:** Weder das Landwirtschafts- noch das Landesplanungs-/Innenministerium oder aber das Umweltministerium verfügen über die erforderlichen Gelder, um auch die Gemeinden bei der Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit / der Bürgerbeteiligung gezielt zu unterstützen, abgesehen von den derzeit laufenden Leader-Projekten.

  So wird zwar die Erstellung von Plänen zum Teil bezuschußt, weitaus weniger aber die Umsetzung, was als Anachronismus zu bezeichnen ist. Gerade das Gegenteil wäre notwendig: der Staat müßte eine Priorität auf Umsetzungsmaßnahmen legen und sollte entsprechend die Gemeinden stärker als bisher bei der Umsetzung der Gemeinde-Entwicklungskonzepte unterstützen - dies nach nachvollziehbaren Kriterien (und einer entsprechenden Erfolgskontrolle). In diesem Zusammenhang ist es absolut widersinnig, daß die Regierung als Leitbild der Regierungserklärung die "Nachhaltigkeit" festgeschrieben hat, jedoch im Umweltministerium lediglich 3,5 Millionen für die diesbezügliche Unterstützung von kommunalen Pilotprojekten vorgesehen sind...

- **Ausbau der Freistellung der GemeinderätInnen:** Demokratie benötigt auch erhebliches zeitliches Engagement seitens der GemeinderätInnen. Die derzeitigen Freistellungszeiten der gewählten Vertreterinnen erlauben es jedoch generell nicht mehr, und diese Tatsache wird von allen kommunalen Akteuren immer wieder hervorgehoben, die auf sie zukommenden Aufgaben zufriedenstellend wahrnehmen zu können. Deshalb ist ein Überdenken und Ausbau der derzeitigen Freistellungszeiten ein

absolutes Muß. Die Vorgehensweise der Regierung, lediglich die Entlohnung der GemeinderätInnen erhöhen zu wollen, kann kein Ersatz für den dringenden Bedarf an einer erhöhten Freistellung sein.

- **Einführung des «conge associatif» / "Ausweitung des conge politique":** Gesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen muß auch politisch gewollt und praktisch machbar sein. Feuerwehrleute erhalten eine gewisse Freistellung für die Weiterbildung u.a.m., ebenso Sportlerinnen. Es wäre an der Zeit, auch einen «conge associatif / congé politique» für ehrenamtlich engagierte Personen auf gesellschaftlicher Ebene einzuführen, dies selbstverständlich nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien.

- **Schaffung eines Hauses der Demokratie als Anlaufstelle: Demokratie setzt** auch ein gewisses Know-How voraus: Wie können Diskussionsprozesse in einer Gruppe organisiert werden? Wie können die BürgerInnen optimal eingebunden werden? u.a.m. um Demokratie erfahrbarer zu machen, um auch ReferentInnen zum Thema vermitteln zu können u.a.m. sollte deshalb ein nationales «Haus der Demokrati» als zentrale Anlaufstelle geschaffen werden.

4.3. Die erforderlichen Voraussetzungen auch auf kommunalem Plan schaffen

Auf Gemeindeebene ist - wie bereits mehrfach angeführt - ein grundsätzliches Umdenken bei der Bürgerbeteiligung unerläßlich:

Es muß ohne Wenn und Aber festgestellt werden, daß die bis dato genutzten Instrumente - sprich beratende Kommissionen sowie Dorfentwicklungsgruppen - sich nicht zufriedenstellend bewährt haben. Die Zeiten, wo die Bürgerbeteiligung größtenteils auf diesen Instrumenten aufbaute, sollten der Vergangenheit angehören. Es ist zwingend auf kommunaler Ebene neue Wege zu begehen. Hierbei gilt es hervorzuheben, daß den Gemeinden mehr denn je in der Vergangenheit bewußt sein muß, daß Sie über eine Vielzahl von Maßnahmen der aktiven Einbindung der Bevölkerung verfügen und von Fall zu Fall - je nach Zielsetzung - unterschiedliche Instrumente genutzt werden sollten. In den vergangenen Jahren haben sich zudem - nicht zuletzt dank der Idee der Agenda 21 - neue Instrumente entwickelt, die eine weitaus dynamischere und konsequentere Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Darüberhinaus **gilt es die Bürgerbeteiligung weitaus professionneller und systematischer zu organisieren.**

Die Prinzipien der Bürgerbeteiligung müssen respektiert werden!

Unerläßlich ist - wie bereits mehrfach angeführt - die Kriterien einer effizienten Bürgerbeteiligung zu respektieren, was in der Vergangenheit nicht der Fall war. Die Berücksichtigung folgender Aspekte ist als absolute Voraussetzung anzusehen:

- Politischer Wille: Grundvoraussetzung für eine effiziente und effektive ßürgerbeteiligung ist und bleibt der politische Wille der gewählten Gemeindevertreterinnen die Bürgerinnen aktiv am Gemeindegeschehen zu beteiligen. Ist dieser Wille nicht vorhanden, so ist die beste demokratische Struktur zum Scheitern verurteilt. In Gemeinden, wo entsprechend nach wie vor der Wille zur Einbindung der Bürgerinnen nicht reell besteht, sondern nur vorgeschoben wird, stellt sich entsprechend die Frage, ob es wirklich Sinn macht eine gewisse institutionalisierte Bürgerbeteiligung in die Wege zu leiten - so ist es dann wohl eine Illusion, Hoffnungen in die Arbeit der beratenden Kommissionen bzw. Gemeindeentwicklungsgruppen zu legen.

- Festlegung von klaren Zielen: Unabdingbar ist es generell bei jedwedem Prozeß der Bürgerbeteiligung klare Ziele festzulegen: Welches ist der Sinn und Zweck der Bürgerbeteiligung? Welches Problem soll geklärt - in welchem Bereich soll eine Vision entwickelt werden?

- Orientierung gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit: Vor allem auf der Ebene der Gemeindeentwicklungs - / Agenda-21 -Gruppen gilt es gemäß den Zielen der Nachhaltigkeit zu arbeiten und nicht - wie bis dato - im luftleeren Raum. Hier sollten konkrete Fragen und Zielsetzungen im Vordergrund stehen:
* Welchen Beitrag zu Reduktion der C02-Emissionen will die Gemeinde in welchem Zeitraum leisten?
* Welchen Modalsplit will die Gemeinde im Verkehrsbereich erreichen?
* Wie will die Gemeinde den Bodenverbrauch durch die Siedlungsentwicklung einschränken?

- Eindeutige Kompetenzen festzulegen: Welche Entscheidungen darf die jeweilige Gruppe treffen? Über welche Rechte verfügt sie? Was ist machbar im Rahmen der Gruppe, welches sind ihre Grenzen? Die Zeiten wo z.B. die beratenden Kommissionen ohne Struktur arbeiten, ohne ihre Rechte zu kennen, sollten definitiv der Vergangenheit angehören.

- Festlegung von Spielregeln und "Fahrplänen": Eine aktive Bürgerbeteiligung setzt den Respekt elementarer Prinzipien der Bürgerbeteiligung voraus. Hierzu zählt, daß grundsätzliche Spielregeln der Kommunikation respektiert werden und für jeden transparente Diskussionsprozesse festgelegt werden. Diese sollten a priori festgelegt werden und offen mit allen Teilnehmerinnen diskutiert werden. Ziel ist es; daß die Gruppe angeregt wird, primär die Gruppe Gemeinsamkeiten herauszuschälen statt Konflikte heraufzubeschwören usw. Ebenso ist es elementar nach der Durchführung von Projekten Erfolgsbilanzen zu ziehen sowie einen optimalen Informationsstand der TeilnehmerInnen an Gruppen bzw. der Bürgerinnen im allgemeinen zu gewährleisten.

- Eine professionelle Moderation: Die Organisation von Gruppenprozessen ist ein sehr komplexes Gebiet, das eine professionelle Moderation erfordert. Die Erfahrung - vor allem auch in den Leader-Gebieten im positiven sowie in den Dorfentwicklungsgruppen im negativen - hat gezeigt, daß nur eine professionelle Führung von Gruppen zum Erfolg führen kann. Immerhin reicht häufig die Arbeit eines derartigen Moderators/in von der Organisation kleiner Diskussionsgruppen (mit häufig sehr divergierenden Interessen) bis hin zu der Organisation von größeren Informationsveranstaltungen. Das Anforderungsprofil an

den Moderator erfordert deshalb ein weitgehendees Know-How im kommunikativen Bereich. Dazu gehört auch die Fähigkeit, mit relativer Unsicherheit umzugehen, da es immer wieder Situationen geben wird, in denen die Positionen der Prozeßbeteiligten erst "ausgehandelt" werden müssen.

Vor allem in der Anfangsphase eines Prozesses kann es notwendig sein, den Arbeitsgruppen auch technisch-organisatorische Hilfestellung zu leisten und die Kommunalverwaltung bei Entscheidungen über das Projektmanagement zu beraten. (Anhang 2)

- Gewährleistung der Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen: Heutige Kommunikationsformen laufen darauf hinaus, daß häufig nur bestimmte gesellschaftliche Schichten in das Politikgeschehen eingreifen bzw. mitwirken. Das Interesse von Jugendlichen, ausländischen Einwohnerinnen, sogenannten Randgruppen (Behinderte, soziale Benachteiligte) für das Politikgeschehen wird selten geweckt. Von elementarer Bedeutung ist es, daß bei jedweder Bürgerbeteiligung a priori sichergestellt wird, daß alle gesellschaftlichen Gruppierungen der Gemeinde sich am Prozeß beteiligen können. Die Bürgerbeteiligung muß und kann auch jenen Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten der Mitwirkung einräumen, die sich normalerweise nicht beteiligen.

- Visionen und Aktionen miteinander verbinden: Elementar ist,
* In überschaubaren Zeithorizonten zu arbeiten (Vorstellungen wie: Wie soll unsere Gemeinden in 30 Jahren aussehen? überfordern die absolute Mehrzahl der Personen. Denn wer weiß schon wie sich die Gesellschaft entwickeln wird und welche Konsequenzen für die Bevölkerung hieraus entstehen.)

* Nicht nur planerisch vorzugehen, sondern konkrete Aktivitäten durchzuführen
* Sich Zwischenziele zu setzen, damit die Bürgerinnen auch positive Rückkoppelungen ihrer Arbeit haben.

- Offenheit des Beteiligungsprozesses: Wesentlich ist zudem, daß der Gemeinderat offen ist, die Resultate der Bürgerbeteiligung zu respektieren. Nur wenn die Bürgerinnen wirklich unbefangen und frei arbeiten können und wissen, daß ihre Anregungen eine reelle Chancen haben aufgegriffen zu werden, werden sie auch bereit sein sich zu beteiligen.

- Grenzen der Bürgerbeteiligung anerkennen: Zudem gilt es die Grenzen der Bürgerbeteiligung zu respektieren und dieses äußerst sensible Instrument einer demokratischen Gesellschaft nicht als Alibi zu mißbrauchen. So macht u.a. in folgenden Fällen eine Bürgerbeteiligung kaum noch Sinn
* Partizipation kommt zu spät: Die Gemeinde hat de facto die Entscheidung bereits getroffen, und möchte lediglich, daß diese im Nachhinein von einer Gruppe gutgeheißen wird;
* Partizipation setzt zu früh an: Es ist noch nicht klar definiert, warum überhaupt eine aktive Bürgerbeteiligung stattfinden soll, welches grundsätzliches Ziel angestrebt wird. Außerdem sind noch nicht alle Fakten, die bei einem Projekt relevant sind, bekannt.
* Partizipation wird mißbraucht: Die Gemeinde ist nicht bereit eigenständig eine Entscheidung zu treffen, sondern verlagert das Problem auf die Bürgerinnen.
* Regeln sind nicht eindeutig festgelegt: Es wurden keine Regeln für die Vorgehensweise festgelegt, es ist unklar, ob das Resultat überhaupt berücksichtigt werden soll.

* Der geplante Zeithorizont ist nicht nachvollziehbar: Der Anspruch auf Gemeindeebene Planungen vor dem Horizont von 10 – 20 Jahren durchzuführen, ist wohl zu hoch gegriffen. Diese Zeitvorstellungen sind für den einzelnen Bürgerinnen kaum vorstellbar - es sind lebensnähere Zeithorizonte anzustreben.

4.3.2. Vielfalt und neue Formen der Bürgerbeteiligung nutzen!

Von eminenter Bedeutung ist, daß sich die Gemeinden nicht länger gegenüber neueren, äußerst effizienten Formen, der Bürgerbeteiligung verschließen und auch in der Bürgerbeteiligung die Prinzipien der Nachhaltigkeit integrieren.

Grundsätzlich sollte folgendes Prinzip zum Tragen kommen: mit der Bürgerbeteiligung können äußerst verschiedene Ziele verfolgt werden. Einmal kann es darum gehen, ein konkretes Projekt zu diskutieren - ein anderes Mal jedoch um für die Gemeinde in einem bestimmten Bereich Zukunftsvisione, basierend auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit,zu entwickeln. Es versteht sich von selbst, daß je nach gestecktem Ziel unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung zum Tragen kommen müssen.

Entsprechend sollten in Zukunft weitaus stärker als in der Vergangenheit – je nach Ziel - die Vielfalt der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten genutzt werden:

- **Beratende Kommissionen aufwerten zur Begleitung der Gemeinde bei konkreten Projekten - Durchführung von sektoriellen Kampagnen!**

Beratende Kommissionen behalten sonder Zweifel weiterhin ihre Bedeutung, bei der Beratung des Gemeinderates bei konkreten Projekten. Die Begutachtung von Kommodo-Inkommodo-Dossiers, eine Stellungnahme bei Ausweitungsprojekten des Bautenreglementes usw. gehören nach wie vor zur Kompetenz einer Umwelt- und/oder Bautenkommission. Ebenso wie gezielte Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu spezifischen Umweltthemen.

Dabei sei jedoch hervorgehoben, daß beratende Kommissionen nur dann Sinn machen, wenn auch die Bedingungen für ihre Arbeiten verbessert werden. Hierzu gehört u.a. eine nicht ausschließliche Zusammensetzung aufgrund der Parteizugehörigkeit, eine Öffnung für die Einwohnerinnen der Gemeinde, die Festlegung von konkreten und Pflichten der Kommissionen. Der Mouvement Ecologique hat diesbezüglich konkrete Vorschläge formuliert, die im Anhang (Anhang 5} aufgeführt werden.

- **Gemeindeentwicklungs- / Agenda 21-Gruppen zur Entwicklung von Zukunftsvisionen auf Gemeindeebene**

Darüberhinaus sollte die Gemeinde selbstverständlich das Ziel haben Bürgerinnen an der Erstellung von Visionen / Konzepten der Gemeinde zu beteiligen und diesbezüglich erste konkrete Projekte umzusetzen. Die Funktion hierbei ist über die Alltagspolitik hinaus neue Ideen für eine Gemeinde zu entwickeln.

Diese Funktion kommt derzeit theoretisch besonders den Gemeindeentwicklungsgruppen zu. Eine Reform dieser Gruppen aufgrund der angeführten Prinzipien ist jedoch unerläßlich, falls hier ein Qualitätssprung und eine effektive Bürgerbeteiligung erreicht werden sowie die Ziele der Nachhaltigkeit umgesetzt werden sollen,

Bei den derzeitigen Gemeindeentwicklungsgruppen gilt es demnach unbedingt den Qualitätssprung des Agenda 21-Projektes - nämlich die systematisierte Bürgerbeteiligung und die Umsetzung der Zielsetzungen der Nachhaltigkeit - zu gewährleisten.

Insofern würden reformierte Dorf- bzw. Stadtentwicklungsgruppen zu einem guten Teil dem Prinzip der Agenda-21 Gruppen entsprechen. Es wäre demnach nach Ansicht des Mouvement Ecologique widersinnig, neben der Struktur der Gemeindeentwicklungsgruppen noch zusätzliche, sogenannte "Agenda-21"-Strukturen einzusetzen. Vielmehr wäre es sinnvoll in einer Struktur - wie auch immer die Namensgebung ist – zu arbeiten.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß sich Einwohnerinnen häufig überfordert sehen, generell an Visionen für die Entwicklung ihrer Gemeinde zu arbeiten. In einer Gemeinde, wo es noch überhaupt keine Tradition der Bürgerbeteiligung gibt mag es demnach sehr schwer sein, die Beteiligung sofort auf dieser hohen Ebene anzusiedeln. Hier stellt sich die Frage, ob nicht primär in überschaubareren Gruppen an weniger ambitiösen Projekten gearbeitet und sich einem begrenzteren Themenspektrum (wie z.B. Wie soll die Verkehrspolitik in 5 Jahren aussehen?) gewidmet werden soll.

Zur Durchführung des Agenda 21 - Prozesses bzw. der Dorfentwicklungsgruppen bieten sich eine Vielzahl von einzelnen Instrumentarien an, die im Anhang detaillierter aufgeführt werden. Hervorgehoben seien folgende:

* Zukunftswerkstatt: Die Methode der Zukunftswerkstatt wurde in den 80er Jahren von Robert Jungk entwickelt, um die Zukunft aktiv mitzugestalten und kreativ in Gruppen Vorschläge für Projekte und Initiativen zu entwickeln. Der Ablauf und die Aufgabenstellung fordern die Phantasie heraus und lassen Raum für Emotionen. Sie besteht aus drei Teilen: Kritikphase, Phantasiephase und Realisierungsphase (Anhang 3).

Die am Ende einer Zukunftswerkstatt gemeinsam entwickelten Lösungsansätze bieten eine Basis für weitere Aktivitäten in Arbeitskreisen oder Projektgruppen.

* Zukunftskonferenz: Der wesentliche Unterschied zwischen der Zukunftswerkstatt und einer Zukunftskonferenz liegt in der Teilnehmerzusammensetzung. Zu einer Zukunftskonferenz werden Vertreterinnen aller für das jeweilige Thema relevanten Interessengruppen eingeladen, wobei eine möglichst große Variationsbreite auch in demographischer Hinsicht (Alter, Geschlecht, Herkunft...) angestrebt wird. Die dahinter steckende Idee ist, daß alle gesellschaftlichen Akteure - oder wie in der Literatur angegeben - das « ganze System » eingebunden wird. (Anhang 4).

- Vielfalt an Instrumenten nutzen zur Entwicklung von Lösungen bei konkreten Problemen und zur Entwicklung von Vorschlägen für spezifische Bereiche

Von eminenter Bedeutung ist es darüber hinaus, die Bürgerinnen weitaus stärker als bisher bei konkreten Projekten (z.B. einem Projekt der Verkehrsberuhigung in einem Viertel) einzubinden. Auch hier können zwar beratende Kommissionen und Gemeindeentwicklungsgruppen eine Rolle übernehmen, doch entspricht die Zusammensetzung dieser Gruppen nicht unbedingt den Anforderungen. Vielmehr gilt es zusätzlich Strukturen zu schaffen, wo die direkt Betroffenen sich stärker einbringen können. In besonderen Fällen drängt es sich auf, andere Wege zu gehen:

Ad-Hoc-Arbeits-Gruppen: Diese können sehr sinnvoll sein und ermöglichen, daß Bürgerinnen konkrete Vorschläge in einem spezifischen Bereich entwickeln sollen oder aber Lösungsvorschläge in einem konkreten Dossier entwickelt werden sollen. So z.B. für eine sichere und attraktivere Gestaltung des Schulweges. Bei einem derartigen Projekt wäre die Verkehrskommission alleine sicherlich nicht ausreichend, da es bei dieser spezifischen Frage weitaus stärker gilt die Eltern, das Lehrpersonal sowie die Kinder selbst einzubeziehen.

Runde Tische: Zu spezifischen Themen der Gemeinde, die in der Gemeinde von besonderer Brisanz sind, bietet es sich zudem an mit den verschiedenen Akteuren der Bevölkerung runde Tische zu organisieren.

Lose Beteiligung bei konkreten Projekten: Bei isolierten Projekten drängt es sich auf, daß die Gemeinde systematisch die betroffenen Bürgerinnen einbindet. So sollte es z.B. eine Selbstverständlichkeit sein, daß bei der Planung einer Schule bzw. deren Ausbaus, das Lehrpersonal, die Eltern sowie die Kinder eingebunden werden.

Bürgergutachten: Warum nicht auch seitens der Gemeinde bei wichtigen oder gar umstrittenen Dossiers die Bürgerinnen - administrativ und finanziell - anregen und unterstützen, ein Gutachten für die Gemeinde zu erstellen. Ein derartiges Gutachten von den Bürgerinnen erlaubt es einen breiten Diskurs über ein Projekt zu führen und auf eine äußerst demokratische Art und Weise bei einer Planung sicherzustellen, daß auch tatsächlich die Belange der Bürgerinnen berücksichtigt werden.

Fachforum: Sinnvoll kann es zudem sein, bei spezifischen - besonders komplexen Dossiers - auch ein sogenanntes «Fachforum» einzusetzen, wo Experten Stellung beziehen zu einem spezischen Projekt oder aber generell Vorschläge erstellen.

Zukunftswerkstatt: Natürlich kann auch die oben genannte Form der "Zukunftswerkstatt" als dynamisierendes Instrument genutzt werden, um z.B. in einem konkreten Bereich Visionen zu entwickeln.

5. Schlußbemerkung

Veränderungen, vor allem in den "Köpfen von Menschen" und in Gewohnheiten benötigen Zeit.

Niemand darf erwarten, daß eine Kultur der direkten Partizipation sich sowohl auf der Ebene der sogenannten gewählten Gemeindevertreterinnen als auch bei den Bürgerinnen von heute auf morgen problemlos einstellen würde. Der Aufbau derartiger Prozesse benötigt Zeit und Verständnis von beiden Seiten. Wir wollen uns jedoch die Chance geben, diese demokratische Kultur in den nächsten Jahren wachsen zu lassen.